

Pressemitteilung

Mit Bitte um Veröffentlichung

Thema: SPD weist Vorwürfe im Rat zurück und bekräftigt Priorität für Bildung

Ansprechpartner: Semira Klenk, Verantwortlich für Pressearbeit

E-Mail: semira.klenk@spd-beverungen.de **Telefon:** 015202443552

SPD weist Vorwürfe im Rat zurück und bekräftigt Priorität für Bildung

Pressemitteilung der SPD Beverungen

In der jüngsten Ratssitzung am 19.02.2026 wurde der SPD-Antrag zur Verwendung der freiwerdenden Mittel aus dem Studienfonds OWL von CDU-Stadtrat Günter Weskamp in ungewöhnlich scharfem Ton zurückgewiesen. Der SPD wurde vorgeworfen, sie sei ein „Zeitfresser“, rechne Ehrenamt und Schulkinder gegeneinander auf und bringe ein Thema erneut ein, das bereits im Hauptausschuss beraten worden sei.

Mit Verwunderung nimmt die SPD-Fraktion zur Kenntnis, dass ihr Antrag im Rat nicht inhaltlich, sondern mit persönlichen Vorwürfen zurückgewiesen wurde.

Wer eine Debatte über die Verwendung von Haushaltsmitteln als „Zeitverschwendung“ bezeichnet, verkennt die Aufgabe eines Rates. Demokratie lebt vom Abwägen, Diskutieren und Entscheiden.

Unser Antrag hatte ein klares Ziel: freiwerdende Haushaltsmittel im Bereich Bildung, Sprache und Jugend zu belassen. Angesichts steigender Kosten für Schulsozialarbeit und vorschulische Förderung halten wir es für politisch geboten, Prioritäten zugunsten von Kindern und Jugendlichen zu setzen.

„Wir haben eine andere Schwerpunktsetzung vorgeschlagen, weil wir überzeugt sind, dass Investitionen in Bildung und frühe Förderung langfristig der gesamten Stadt zugutekommen“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Dieter Crois. „Die Frage, die sich stellt, ist, ob die nun beschlossene Mittelverwendung tatsächlich dem

entspricht, was viele Bürgerinnen und Bürger unter einer verantwortungsvollen Zukunftsinvestition verstehen.“

Es ist das gute Recht jeder Fraktion, Anträge einzubringen und Haushaltsmittel politisch zu bewerten, auch wenn ein Thema zuvor im Hauptausschuss beraten wurde. Der Rat ist das höchste beschlussfassende Gremium der Stadt. Dort werden politische Entscheidungen öffentlich getroffen und verantwortet.

Die SPD steht ausdrücklich hinter dem Ehrenamt in unseren Ortsteilen. Eine andere Schwerpunktsetzung im Haushalt ist kein Angriff auf Engagierte, sondern Ausdruck politischer Verantwortung und einer klaren Prioritätensetzung.